



Merkblatt über die Anforderungen an private Sicherheitsdienstleistungen und die Bewilligungspflicht

§§ 59a ff. Polizeigesetz (PolG; LS 550.1)

Inkrafttreten

Gesetz: 1. Januar 2018 / Bewilligungspflicht: ab 1. Januar 2019

A) Gesetzliche Anforderungen ab 1. Januar 2018

Welche Sicherheitsdienstleistungen sind betroffen?

Als Sicherheitsdienstleistungen gelten Kontroll- und Aufsichtsdienste, insbesondere

- Türsteherdienste;
- Bewachungs- und Überwachungsdienste;
- Schutzdienste für Personen und Güter mit erhöhter Gefährdung;
- Sicherheitstransporte von Personen, Gütern und Wertsachen.

Alle gewerbsmässig erbrachten und nicht unten namentlich ausgenommenen Kontroll- und Aufsichtsdienste gehören zu den gesetzlich geregelten Sicherheitsdienstleistungen.

Nicht betroffen sind

- Kontroll-, Aufsichts- und Verkehrsdienste von untergeordneter Bedeutung, namentlich Ticketkontrollen, Kassadienste, Besucherleitdienste und Besucherbetreuungsdienste;
- Verkehrsregelungen durch private Verkehrsdienste;
- Detektivtätigkeiten;
- Assistenzdienste für Behörden, Zentralendienste;
- Private Ausnahmetransportbegleiter mit Polizeibewilligung.

Anforderungen an Sicherheitsdienstleistende

Die Sicherheitsunternehmen müssen sicherstellen, dass alle Mitarbeitenden, welche Sicherheitsdienstleistungen erbringen, folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Schweizer- oder EU-/EFTA-Staatsangehörigkeit oder CH-Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis);
- Handlungsfähigkeit (Handlungsfähigkeitszeugnis);
- Keine Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens (Strafregisterauszug);
- Praktische und theoretische Ausbildung, sowie regelmässige Weiterbildung.

Sicherheitsunternehmen wird empfohlen, offizielle Dokumente als Belege dieser Voraussetzungen im Betrieb griffbereit zu haben und laufend zu aktualisieren. Es ist sinnvoll, die Mitarbeitenden im Anstellungsvertrag zu verpflichten, nach der Anstellung erfolgte Strafregistereinträge zu melden und regelmässig aktuelle Strafregisterauszüge beizubringen.

Welche Aus- und Weiterbildungen müssen die Angestellten haben?

Inhalt und Umfang der Aus- und Weiterbildung liegen in der Verantwortung des Unternehmens und müssen auf die konkreten Aufgaben zugeschnitten sein, sodass die Mitarbeitenden diese korrekt erfüllen können. Die Mitarbeitenden müssen ihre Rechte und Pflichten, insbesondere ihre Verhaltenspflichten, kennen.

Allen Sicherheitsunternehmen wird grundsätzlich empfohlen, sich für die Ausbildung an Art. 10 des allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrags für den Bereich der privaten Sicherheitsdienstleistungen zu orientieren und jährlich eine Weiterbildung durchzuführen. Nach aktuellem Stand sind im Gesamtarbeitsvertrag mindestens 20 Stunden



Basisausbildung vorgesehen. Auf Verlangen müssen die Sicherheitsunternehmen die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden belegen können.

Verhaltenspflichten

Die Sicherheitsunternehmen und ihre Angestellten sind verpflichtet,

- der Polizei Auskunft über getroffene und geplante Massnahmen zu erteilen und alle besonderen Vorkommnisse zu melden;
- über ihre Wahrnehmungen aus dem Bereich der Tätigkeit der Polizei Stillschweigen zu bewahren;
- alles zu unterlassen, was zu ihrer Verwechslung mit Polizeiorganen führen oder die Arbeit der Polizei beeinträchtigen könnte.

B) Bewilligungspflicht ab 1. Januar 2019

Wer braucht eine Bewilligung?

Eine Betriebsbewilligung benötigen alle natürlichen und juristischen Personen, die im Kanton Zürich **gewerbsmässig** Sicherheitsdienstleistungen erbringen. Wo sich der Sitz des Unternehmens befindet, ist irrelevant.

Wer braucht keine Bewilligung?

Keine Bewilligung ist nötig

- bei Tätigkeiten, die nicht als Sicherheitsdienstleistungen gelten (siehe oben);
- wenn die Sicherheitsdienstleistungen nicht gewerbsmässig erbracht werden (z.B. Einsatz Freiwilliger ohne Entgelt);
- wenn für das Sicherheitsunternehmen oder den Geschäftsführer bereits eine Bewilligung eines anderen Kantons vorliegt, sofern die im Kanton Zürich erbrachten bewilligungspflichtigen Dienstleistungen damit abgedeckt sind;
- wenn Personen, die Sicherheitsdienstleistungen erbringen, direkt von **Gastgewerbebetrieben** eingestellt sind, namentlich Türsteherinnen und Türsteher. In diesen Fällen gilt das Gastgewerbegesetz. Fragen dazu sind an die für die Patenterteilung zuständige Gemeindebehörde zu richten. Beauftragt ein Gastgewerbebetrieb hingegen ein privates Sicherheitsunternehmen, muss dieses über eine Bewilligung verfügen.

Bewilligungsvoraussetzungen

Sicherheitsunternehmen wird die Bewilligung erteilt, wenn die gesuchstellende, bzw. bei juristischen Personen die geschäftsführende Person nachweist, dass

- sie Schweizer oder EU-/EFTA Staatsbürgerin oder Inhaberin einer Niederlassungsbewilligung ist und den Wohnsitz in der Schweiz hat;
- sie handlungsfähig ist;
- im Strafregisterauszug keine Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens erscheint;
- sie mit Blick auf Vorleben und Verhalten für diese Tätigkeit als geeignet erscheint (dazu können polizeiliche Berichte eingeholt werden);
- gegen sie keine Verlustscheine bestehen;
- sie über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3 Mio. Franken je Schadenereignis verfügt.

Gesuchsverfahren und Gebühren

Das Antragsformular für die Betriebsbewilligung steht ab 1. Januar 2018 zur Verfügung. Bei bestehenden Unternehmen müssen die Gesuche komplett mit allen Beilagen mindestens 3 Monate vor Inkrafttreten der Bewilligungspflicht, also spätestens bis 30. September 2018, eingereicht werden. Bei neuen Unternehmen sind die Gesuche spätestens 3 Monate vor Aufnahme der Tätigkeit zu stellen.



Bitte beachten Sie das separate Antragsformular für die Betriebsbewilligung und planen Sie genügend Zeit für das Einholen der darin erwähnten Beilagen mit ein. Die meisten Beilagen sind **nur einen Monat gültig**.

Die Gebühr beträgt CHF 400.

Das Verzeichnis mit den erteilten Bewilligungen wird veröffentlicht.

Gültigkeitsdauer der Bewilligung

Die Bewilligung ist unbefristet gültig, solange

- sie die gleiche Person betrifft oder der gleiche Geschäftsführer verantwortlich ist;
- es keine anderen wesentlichen Änderungen gibt;
- kein Entzug der Bewilligung erfolgt.

Sämtliche wesentlichen Änderungen müssen gemeldet werden.

C) Sanktionen

Entzug der Bewilligung

Die Bewilligung kann entzogen werden, wenn die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, oder Bestimmungen des Gesetzes oder Auflagen verletzt wurden.

Berufsverbot

Personen kann verboten werden, in Sicherheitsunternehmen tätig zu sein, wenn

- sie wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurteilt worden sind;
- sie wiederholt gegen die Verhaltenspflichten verstossen haben;
- die öffentliche Sicherheit und Ordnung dies erfordert.

Einem Sicherheitsunternehmen kann auf Ersuchen mitgeteilt werden, ob über eine Person, die das Unternehmen anzustellen gedenkt, ein Berufsverbot verfügt wurde.

Strafbestimmungen

Mit Busse wird bestraft, wer

- ohne Bewilligung Sicherheitsdienstleistungen erbringt;
- Personal einstellt, das die Voraussetzungen nicht erfüllt;
- gegen die Bestimmung über die Aus- und Weiterbildung verstösst;
- in schwerwiegender Weise die Verhaltenspflichten verletzt.

28. September 2018/db